

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 8 86 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Rudi Waltherr MdB zu einem Hearing des Haushaltsausschusses: Auch Alt-Bundeswirtschaftsminister können irren:

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Notwendigkeit, die Kriegs- in Friedensproduktion zu transformieren: Perspektiven der Konversion.

Seite 2

Hedda Jungfer MdL zur Notwendigkeit eines Frauenförderungsgesetzes im Freistaat Bayern: Frauen haben in der bayerischen Regierung nichts zu sagen.

Seite 5

Wolfgang Thierse MdB zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung für die Filmfabrik in Potsdam-Babelsberg: Die Lebensfähigkeit der DEFA sichern.

Seite 6

46. Jahrgang /39

26. Februar 1991

Auch Alt-Bundeswirtschaftsminister können irren Eine Nachbetrachtung zu einem Hearing des Haushaltsausschusses

Von Rudi Waltherr MdB
Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

"Widerstand gegen übertriebene und vorweggenommene Steuererhöhungen." Diese Forderung vertrat vor nicht ganz vier Monaten Professor Dr. Schiller bei der öffentlichen Anhörung des Haushaltsausschusses über die Kosten der deutschen Einheit. Und er sah sich damit im Gleichklang mit Bundesfinanzminister Waigel, an dessen Stelle er im großen und ganzen gleich gehandelt hätte. Das damalige Finanzierungsmodell zur deutschen Einheit fand Schillers volle Unterstützung.

Wie ist der Stand heute? Die Mineralölsteuererhöhung um 25 Pfennig ist beschlossene Sache. Professor Schiller und der Finanzminister befinden sich erneut im Gleichklang, wenn "für den Fall des Falles und für den Fall der Not die Mehrwertsteuer oder die Mineralölsteuer zu erhöhen" ist, wie Schiller damals sagte. Zu der 7,5 prozentigen Solidarabgabe, die jetzt im Gespräch ist, meinte Professor Schiller freilich im November letzten Jahres, dies passe nicht in die wirtschaftspolitische Landschaft. Ausgerechnet diejenigen würden belastet, die über die höchste Sparquote verfügen und deren Inanspruchnahme durch eine Ergänzungsabgabe einen Rückzug der Investitionsbereitschaft unausweichlich mache.

Das Finanzierungskonzept der Bundesregierung gerät zunehmend aus den Fugen. Die beabsichtigten Steuererhöhungen, zu denen die Koalition sich jetzt mit Mühe durchgerungen hat - ohne dem Bürger von Beginn an deren Unausweichlichkeit offen zu legen - stellt das erneut unter Beweis. Aber zu solchen Fehleinschätzungen mögen auch Interpretationen beigetragen haben, wie diejenigen, daß die Kosten der Einheit schlicht auf die erforderlichen Zinsaufwendungen begrenzt bleiben. Schon im November 1990 hatte Bundesbankvizepräsident Schlesinger vor dem Haushaltsausschuß darauf hingewiesen, daß die neuen Bundesländer überwiegend

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



Transferleistungen für konsumtive Ausgaben, insbesondere die Sozialversicherung, benötigen werden. Und die sind nicht auf die schlichten Zinszahlungen begrenzt. Aber nicht nur hier befand sich Professor Schiller im Irrtum. Auch daß der wirtschaftliche Umschwung in den neuen Bundesländer bereits im Frühjahr 1991 einsetzen werde, wie Schiller meinte, bezweifelten Experten schon während des Ausschußhearings - und sie haben Recht behalten!

Wie man sieht: Auch Alt-Bundeswirtschaftsminister können fundamental irren - besonders dann, wenn sie einer bedrängten Bundesregierung unnötig zu Hilfe eilen wollen.

(-/26. Februar 1991/rs/fr)

Perspektiven der Konversion

Zur Notwendigkeit, die Kriegs- in Friedensproduktion zu transformieren

Von Gert Weiskirchen MdB

Mit dem Krieg am Golf haben sich die politischen Rahmenbedingungen für die Umstellung der militärischen Produktion auf zivile Ziele keineswegs verbessert.

Könnte es nicht sein, daß sich das nachfolgende Szenario in den Köpfen derer festzusetzen beginnt, die an konzeptionellen Entwürfen für die Zeit nach dem heißen Krieg arbeiten?

- Die Kette von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden hat begonnen, weil der Norden nicht bereit ist, seinen Reichtum zu teilen und er sich mehr und mehr in seiner Wagenburg verschanzt. Mit weiteren Zuspitzungen in den Regionen der Welt muß gerechnet werden, die ihre internen Rivalitätskonflikte und/oder die das soziale Gefälle zwischen den anrainenden Regionen nicht friedlich bändigen können.
- Die alten Konfrontationen zwischen Ost und West hat zwar ihre Schärfe verloren. Und doch kann sie sich in neuer Konstellation wiederbeleben. Mindestens jedoch wird sich der Druck verstärken auf die Länder Westeuropas, sich - wohl auch militärisch - zu engagieren in regionalen Brennpunkten. Weltinnenpolitik wird auf absehbare Zeit auch Kategorien der militärischen Sicherheit unterworfen bleiben.
- Der Wiederaufbau des Irak wird unter militärischer Kontrolle der Allianz stattfinden. Aufrüstung in der Golf-Region ist - nicht nur als Folge der Wiederherstellung der irakischen Streitkräfte - zu erwarten.

Die Hoffnung des letzten Teils der 80er Jahre auf den säkularen Durchbruch zur Abrüstung ist gefährdet. Und damit auch eine der Bedingungen, die für die Konversion hilfreich sind. Konversion als autonomes Ziel von Politik und Industrie wird wieder in Frage gestellt. Wird sie eingebettet in einen Prozeß der Abrüstung, dann läßt sich Konversion umso leichter durchsetzen. Schon allein deshalb, weil durch eine solche Kopplung die Finanzströme aus dem militärischen Sektor leichter umgelenkt werden können.

Schrecklich sind die Folgen des Krieges für uns alle. Eine seiner Fernwirkungen könnte sein, daß Strategien und Taktiken der Führung konventioneller Kriege in die Kategorien des politischen Denkens wieder einwandern, nachdem es im gesellschaftlichen Diskurs der 80er Jahre gelungen ist, die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsdoktrin zu erschüttern.

Trotz alledem. Die Kritik an Entstehung, Verlauf und Ergebnis dieses Kriegs wird, so darf vermutet werden, zur Einsicht führen, daß man militärisch sich zu Tode siegen wird.

Meine feste Überzeugung ist: die Politik darf den hart umkämpften und schließlich durchgesetzten Paradigmenwechsel nicht aufgeben. Und die Debatte um die Konversion hat dabei eine Schlüsselrolle gespielt. Schließlich verknüpft sie die Interessen von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, von Friedensbewegung wie Armee, nicht zuletzt von suprastaatlichen Entscheidungen mit innerstaatlichen in geradezu exemplarischer Weise. Das macht zugleich ihre Komplexität aus und beleuchtet die ineinanderfließenden Diskurse, an denen festgehalten werden muß. Oder auch, falls nötig, an die wieder neu angeknüpft werden muß.

II.

Soeben hat das Land Rheinland-Pfalz einen 'Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Ausweisung bisher militärisch genutzter Flächen als Gewerbe- oder Industriegebiete', ein zweites Maßnahmenengesetz zum Baugesetzbuch unter der Bundesrats-Drucksache 92/91 mit Datum vom 11.02.91 eingebracht. Schon die Überschrift dieses Gesetzantrages macht deutlich, wohin sich die Diskussionsebene verschoben hat. Der Entwurf verfolgt das Ziel, das Bauleitverfahren zur Ausweisung bisher militärisch genutzter Flächen als Gewerbe- und Industriegebiete durch eine Änderung der bauplanungsrechtlichen Vorschriften zu beschleunigen und zu verkürzen. Die Folgen der Abrüstung wirken sich in den Regionen unterschiedlich aus. Umfangreiche Truppenreduzierungen stehen bevor. Der Abbau militärischer Einrichtungen in Regionen mit überdurchschnittlicher Belastung kann zu wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Problemen führen. Als die SPD-Bundesratsfraktion zu Beginn des Jahres 1988 die Arbeitsgruppe Rüstungskonversion einsetzte, wurde dies zunächst belächelt.

Im November 1990 schließlich haben die Vorsitzenden der SPD-Fraktion des Bundes und der Länder sich auf einen zehn Punkte umfassenden Handlungskatalog verständigt. Zwei dieser Punkte behandelt das Thema der Rüstungskonversion im engeren Sinne. Es sind die Punkte 4 und 5. Im Wortlaut des Beschlusses heißt es:

"4. Wenn in der Folge der Abrüstung bereits bestehende überdurchschnittliche Probleme in Regionen auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft werden, soll der Bund durch eine zusätzliche regionale Wirtschaftsförderung den Abrüstungsprozeß flankieren:

- durch einen regionalen Teil eines Konversionsprogramms für Standorte, Regionen und Unternehmen; hierbei soll auch die Möglichkeit der Schaffung eines gemeinsamen Konversionsfonds geprüft werden;
- durch einen beschäftigungspolitischen Teil eines Konversionsprogramms mit Ausbildungs-, Umschulungs- und Qualifikationsprogrammen und mit Angeboten für ältere Arbeitnehmer und ausscheidende Soldaten;
- durch Herstellung der Vereinbarkeit von nationalen flankierenden Maßnahmen mit EG-rechtlichen Vorschriften; dabei hat die Bundesregierung auch auf ein originäres Unterstützungsprogramm der EG hinzuwirken.

5. Der Bund wird aufgefordert, bisher für militärische Forschung gebundene F + E-Mittel beim BMVg und BMFT für Zwecke der zivilen Forschung umzuwidmen, insbesondere für gesellschaftliche Bedarfe in bisher vernachlässigten Bereichen, zum Beispiel Umweltschutz."

Wenn die Verwirklichung dieser beiden Punkte auch erst ein kleiner Schritt wäre: er wäre aber einer in die richtige Richtung. Und er eröffnete eine neue Perspektive. In ihrer kann zurückgekehrt werden zu den Erkenntnissen der Konversionsforschung in den USA, daß der spill-over-Effekt im High-Tech-Bereich nichts anderes als ein Mythos ist oder ein Trick, Erhaltungssubventionen stabil zu halten. Im mir vorliegenden "Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe Konversion", die der Ressortbesprechung im Bundesministerium der Wirtschaft am 6. Februar 1991 zugrundelag, werden flankierende Maßnahmen erörtert, die den Prozeß der Umstrukturierung begleiten soll, der durch den Truppenabbau in Gang gesetzt worden ist. Unter dem Stichwort Rüstungskonversion wird verwiesen auf die unternehmerische Verantwortung. Für die alten Bundesländer kommt die Arbeitsgruppe zum Ergebnis, daß "schwerwiegende regionalpolitische Probleme - von wenigen Ausnahmen abgesehen ... nicht zu erwarten" seien.

Die Studie, die das Ifo-Institut in Kürze vorlegen wird, könne weiteren Aufschluß geben. Zwar zeige, so heißt es weiter im Bericht, sich in den neuen Bundesländern ein anderes Bild. Zwar seien dort "bruchartige Entwicklungen eingetreten". Da dies jedoch nur den allgemeinen Niedergang der Industrie widerspiegele, könne dies "keine Sonderbehandlung über die Regionalhilfen hinaus rechtfertigen." Allein in strukturschwachen Räumen, so wird im Kapitel 5 ausgeführt, das die regionalpolitischen Aspekte betrachtet, ist im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung" eine Chance der öffentlichen Unterstützung gegeben.

III.

In den Koalitionsvereinbarungen zur Konversion ist festgehalten, daß zeitlich befristete Mittel, wie etwa in der Vergangenheit für die Montan- und Wertregion, bereitgestellt werden. Alle Ankündigungen werden unter den Vorbehalt der Verfügbarkeit der erforderlichen Haushaltsmittel gestellt. Am 25. 1.91 schließlich hat der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe beschlossen, ein regionales Sonderprogramm zu erarbeiten für Gebiete, "die in besonderem von einem Truppenabzug, der schließlich von Standorten oder von einem Rückgang der Rüstungsaufträge negativ betroffen sind, ... sobald Ausmaß und Zeitraum der freigesetzten Arbeitsplätze bekannt und die dadurch bedingten regionalwirtschaftlichen Auswirkungen abschätzbar sind." Neben dem einschränkenden Verweis auf den finanziellen Vorbehalt macht die interministerielle Arbeitsgruppe den europäischen Kontext deutlich, von dem die regionale Förderpolitik Deutschlands sich nicht lösen darf. "Bei Ausweitung des Fördergebietes", warnt die interministerielle Arbeitsgruppe, sei davon auszugehen, "daß die EG-Kommission die Aufgabe anderer Fördergebiete als Kompensation verlangt."

IV.

Der Deutsche Bundestag wird sich in den nächsten Wochen in einer Plenumsdiskussion - endlich mit dem Problem der Konversion befassen. Konversion ist ein schwieriger Prozeß, der versucht, gesellschaftliche Umgestaltung in einem Kernbereich zu vollziehen. Ich hoffe, die Bundestagsdebatte wird sich nicht allein in den allzu praktizistischen Einzelheiten der Veränderung der Förderkulisse der regionalen Wirtschaftspolitik verlieren - so notwendig dies auch ist. Die SPD wird in dieser Debatte aufmerksam machen darauf, daß Konversion nicht von der Veränderung von Produktionszielen zu isolieren ist. Sie kann auch betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten allein nicht unterworfen werden. Konversion ist eingebettet in ein Kontinuum parallel laufender Entwicklungen.

An erster Stelle ist die Rückkehr zur Politik der Entspannung zu nennen. Die Aussichten auf die deutliche Verminderung der Rüstungsausgaben sind noch vage, zumal auch die Abrüstungsverhandlungen in Wien ins Stocken geraten sind.

Zweitens wächst die Erkenntnis, daß die wirklichen Probleme unserer Welt - Kampf gegen Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, die Rettung der Natur - kaum gelöst werden können ohne die massive Umlenkung von finanziellen Ressourcen.

Drittens ist diese globale Herausforderung zu verknüpfen nicht allein mit De-Militarisierungsschritten, sondern auch mit volks- und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen. Ohne Rücksicht darauf und ohne ein schlüssiges Konzept, das auch die ökonomischen Bedingungen einbezieht, wird Konversion politisch wenig Durchsetzungskraft erlangen.

Viertens ist zu bedenken, wie Produktionsziele in den Unternehmungen umgewandelt und in welcher Weise Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewonnen werden können für die Umstellung in zivile Güterproduktion.

Mir scheint, daß wir fünftens darüber zu reden haben, die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern zu erweitern, auch, um die Kreativität der Techniker und Ingenieure zu mobilisieren für die notwendige Transformierung der Kriegsproduktion in Friedensproduktion.

(-/26. Februar 1991/rs/fr)

Frauen haben in der bayerischen Regierung nichts zu sagen
Zur Notwendigkeit eines Frauenförderungsgesetzes in dem Freistaat

Von Hedda Jungfer MdL
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Der Freistaat Bayern wird von Männern regiert, Frauen dürfen als Tippräuleins und Vorzimmerdamen nur Handlangerdienste ausüben. Die Bayerische Staatsregierung bemüht sich wacker, die Leitungsfunktionen in den Ministerien möglichst frauenfrei zu halten. Keine einzige Frau hat eine Amtsleitung in den Ministerien. Lediglich Justizministerin Berghofer-Weichner duldet - bei 90 Abteilungsleitern in der Staatsregierung insgesamt - bei der Abteilungsleitung neben sechs Männern eine Dame. Bei der Referatsleitung ist das Verhältnis 657 Männer zu 29 Frauen, also durchschnittlich 23 (Männer) zu 1. (Frau).

Umweltminister Gauweiler schätzt offensichtlich nur Männer: 66 Referate leiten Herren, aber nur eins die offenkundige Alibi-Dame. Auch beim höheren und gehobenen Dienst ist die Dominanz der Männer in den Ministerien bezeichnend für die frauenfeindliche Haltung der Staatsregierung. So ist es nicht verwunderlich, daß die Karriereleiter der Frauen in den bayerischen Ministerien abrupt beim mittleren Dienst abbricht. Dort sind die Frauen wieder unter sich, wie das Beispiel des Wirtschaftsministeriums mit 155 Frauen und 42 Männern belegt.

Dies alles geht aus dem neuesten Bericht von Finanzminister Waldenfels hervor, der aufgrund eines Landtagsbeschlusses alle drei Jahre vorzulegen ist. Der Bayerische Landtag forderte auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, bei Stellenausschreibungen, Einstellungen, Beförderungen und Übertragungen höher bewerteter Dienstposten in den bayerischen Ministerien die berufliche Förderung von Frauen besonders zu beachten, um deren Anteile in der Ministerialverwaltung deutlich zu erhöhen. Die "Erfolgsmeldung" von Waldenfels über die gezielte Frauenförderung lautet nun: Der Frauenanteil bei der Sachbearbeitung im höheren Dienst hat sich erhöht.

In der Tat, aus elf Prozent Frauen im Jahre 1987 (583 Männer zu 72 Frauen) wurden inzwischen ganze 12,5 Prozent Frauen (622 Männer zu 89 Frauen). Fast 40 Stellen mehr - und nicht mal die Hälfte davon ging an Frauen. Gleichstand für die Frauen gibt es bei dieser Zuwachsrate dann im Jahre 2065.

Dieser neueste Bericht wird - hoffentlich - der CSU-Landtagsfraktion endlich die Augen öffnen. Sie ist aufgefordert, gemeinsam mit der SPD-Fraktion nun endlich ein Frauenförderungsgesetz ins Parlament einzubringen. Ein solches Gesetz ist wegen der Diskriminierung der Frauen in den bayerischen Amtsstuben überfällig.

Dies wird aufgrund folgender Zahlen zu den Leitungsfunktionen in den bayerischen Ministerien deutlich:

0	Staatskanzlei 83,	davon 83 Männer und	0 Frauen;
0	Innenministerium 128,	davon 127 Männer und	1 Frau;
0	Kultusministerium 141,	davon 133 Männer und	8 Frauen;
0	Finanzministerium 64,	davon 62 Männer und	2 Frauen;
0	Wirtschaftsministerium 81,	davon 77 Männer und	4 Frauen;
0	Landwirtschaftsministerium 85,	davon 81 Männer und	4 Frauen;
0	Umweltministerium 78,	davon 77 Männer und	1 Frau;
0	Arbeitsministerium 91,	davon 84 Männer und	7 Frauen;
0	Justizministerium 38,	davon 35 Männer und	3 Frauen;

(-/26. Februar 1991/rs/fr)

Die Lebensfähigkeit der DEFA sichern

Zur Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung für die Filmfabrik in Potsdam-Babelsberg

**Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender
Vorsitzender des Arbeitskreises Deutschlandpolitik der SPD-Fraktion**

Bei einem Besuch in Babelsberg und Potsdam am 22. Februar 1991 hat eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion intensive Gespräche mit der Geschäftsführung, dem Betriebsrat und dem künstlerischen Rat der DEFA, mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Stolpe, und dem Staatssekretär des Landesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Dittberner, sowie mit Vertretern der Treuhand geführt. Zu der Delegation der SPD-Bundestagsfraktion gehörten der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Potsdam, Dr. Emil Schnell, sowie die Mitglieder der Arbeitsgruppe Kunst und Kultur, die Abgeordneten Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Siegfried Vergin und Hans Walkow.

Die DEFA in Potsdam-Babelsberg ist nicht nur ein wichtiges Wirtschaftsunternehmen. Sie ist vor allem ein bedeutender Kulturfaktor für Berlin/Brandenburg und weit über diese Region hinaus.

Alle, die dazu beitragen können, sind zu einer gemeinsamen Anstrengung aufgerufen, die Filmproduktionsstätten der DEFA zu erhalten und auszubauen.

Das Engagement und die finanziellen Möglichkeiten der Länder Brandenburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen reichen nicht aus, um die Lebensfähigkeit der DEFA zu sichern. Auch der Bund ist gefordert, unter anderem mehr Filmförderungsmittel einzusetzen. Die öffentlich-rechtlichen und die privaten Fernsehanstalten sind aufgerufen, deutlich mehr Aufträge an die DEFA zu geben.

Vor allem richtet sich der Appell jedoch an die Treuhand-Anstalt. Im Zusammenwirken mit den Beteiligten, mit Auftraggebern und Interessenten ein Sanierungskonzept zu entwickeln, das die verschiedenen Produktionseinheiten zusammenhält, damit die DEFA als kulturelle Einheit produktiv bleiben kann.

Die Besonderheit der DEFA ist das Ensemble unterschiedlicher Produktionseinheiten, ihr künstlerischer Rang lebt von der Qualität ihres künstlerischen Potentials und dem hochspezialisierten Fachpersonal. Dies muß als Einheit erhalten werden, damit es als Stätte der Aufarbeitung der deutschen Einheit, als wichtige Stelle deutscher Filmproduktion und als zukünftiges europäisches Medienzentrum wirken und damit an die große Tradition von Babelsberg anknüpfen kann.

Für den Erhalt der Filmproduktionsstätte DEFA und ihrem langfristigen Ausbau zu einem europäischen Filmzentrum hat sich neben namhaften Künstlern insbesondere der Verband Europäischer Filmregisseure (FERA) engagiert.

(-/26. Februar 1991/rs/fr)
